

11/01/2015 |

Weltkrieg, Zweiter

[Konsultieren Sie diesen Artikel auf der neuen HLS-Webseite \(Beta-Version\)](#)

Der Zweite W. war mit über 50 Mio. Toten, die Hälfte davon Zivilpersonen, der blutigste Konflikt der Geschichte. Er lässt sich auf die Friedensverträge von 1919 ([Vertrag von Versailles](#)), den aus Italiens Frustration erwachsenen mussolin. Imperialismus sowie die wirtschaftl. und soziale Lage infolge der [Weltwirtschaftskrise](#) zurückführen. Nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler 1933 begann Deutschland sogleich mit den Vorbereitungen für den Krieg, der ihm die Vorherrschaft in Europa sichern, "Lebensraum im Osten" verschaffen und der "arischen Rasse" zum Triumph verhelfen sollte. Der [Völkerbund](#) und die Demokratien, die gegenüber den totalitären Staaten ([Faschismus](#), [Nationalsozialismus](#)) Schwäche zeigten, konnten 1938 weder den Anschluss Österreichs an Deutschland noch die Sudetenkrise (Konferenz von München) verhindern. Auch gegenüber dem dt. Einmarsch in die Tschechoslowakei im März 1939 und dem Überfall auf Polen am 1.9.1939, mit dem der Krieg begann, zeigten sie sich machtlos.

Nach dem Kriegseintritt Italiens am 10.6.1940, der Niederlage Frankreichs im Juni und der dt. Besetzung Nordfrankreichs war die Schweiz weitgehend und nach der Besetzung Südfrankreichs im Herbst 1942 vollständig von den Achsenmächten umschlossen. Sie blieb militärisch verschont und gehörte zu den wenigen noch funktionierenden demokrat. Rechtsstaaten auf dem Kontinent. Doch stand sie während der Kriegsjahre unter dem [Vollmachtenregime](#). Die Armee wurde mobilisiert ([Mobilmachung](#)), was in der Mentalität der Bevölkerung dauerhafte Spuren hinterliess. Davon zeugt auch die Selbstbezeichnung der Betroffenen als Aktivdienstgeneration. Die feierlich bekräftigte [Neutralität](#) erfuhr im wirtschaftl. Bereich einige Abstriche.

Von Mai 1940 bis zum Frühjahr 1942 waren die totalitären Mächte (Achse Rom-Berlin und Japan) überlegen, ohne jedoch die Entscheidung herbeiführen zu können. Denn die Luftschlacht um England im Sommer 1940 und der im Juni 1941 begonnene Russlandfeldzug brachten Deutschland nicht den erwarteten raschen Sieg. Zudem traten im Dez. 1941 die USA nach dem japan. Angriff auf Pearl Harbour in den Krieg ein. Ab Sommer 1942 gewannen die Alliierten (England und Commonwealth, Sowjetunion, USA, das freie Frankreich und China) an allen Fronten (Russland, Pazifik, Nordafrika) die Oberhand. Nach der Landung in der Normandie am 6.6.1944 näherte sich der Krieg erneut der Schweiz, deren Umklammerung durch die Achsenmächte sich im Aug. 1944 mit der Ankunft der amerikan. Truppen an der Westfront löste. Die dt. Kapitulation am 8.5.1945, die häufig fälschlicherweise als Waffenstillstand bezeichnet wird, bedeutete das Ende des Kriegs in Europa. In der Schweiz normalisierte sich die Lage jedoch erst mit der völligen Aufhebung der Rationierung 1948 und der vollständigen Rückkehr zur direkten Demokratie 1949.

Autorin/Autor: Redaktion / EM

1 - Militärische Lage

1.1 - Erste Generalmobilmachung

Im Aug. 1939, besonders nach Bekanntwerden des dt.-sowjet. Nichtangriffspakts vom 23.8., erschien der Krieg unabwendbar. Noch bevor am 1.9. die dt. Wehrmacht Polen überfiel, waren am 29.8. die Grenzbrigaden sowie Teile der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen aufgeboden worden. Am 30.8. wählte die Bundesversammlung Henri Guisan zum Oberbefehlshaber und Jakob Labhart zum Chef des Generalstabs ([Oberbefehl](#)). Der Bundesrat erteilte den Befehl zur allg. Kriegsmobilmachung ([Aktivdienst](#)).

Am 3.9. erklärten die Westmächte Deutschland den Krieg. Da sechs bis sieben franz. Divisionen an der schweiz. Westgrenze lagen, konnte der Generalstab eine alliierte Entlastungsoffensive durch die Schweiz in den beinahe truppenleeren Süden Deutschlands nicht ganz ausschliessen. Um die Grenzräume zu sichern,

stellte die Schweizer Armee Deckungsdivisionen auf, die am Abend des 4.9. bereitstanden. Nach der Niederlage Polens Anfang Oktober verlagerte die Wehrmacht ihre Verbände an die Westfront, wo Ende Oktober eine dt. Offensive gegen Frankreich erwartet wurde. Während des Winters 1939-40 kam es jedoch zu keinen grösseren Aktionen, was der Periode den Namen Drôle de Guerre eintrug.

General Guisan liess die gegen Deutschland gerichtete Limmatstellung zum Bezug vorbereiten und ausbauen. Grössere Truppenentlassungen erfolgten erst Ende November. Nach einem Konflikt zwischen Labhart und Guisan um die Aufstellung der Armee berief Guisan am 26.3.1940 Jakob Huber zum neuen Generalstabschef. Guisan liess mit Wissen des Vorstehers des Militärdepartements, Bundesrat Rudolf Minger, eine allfällige Zusammenarbeit mit der franz. Armee im Falle eines dt. Einmarsches vorbereiten. Das geschah unter rigoroser Geheimhaltung über Verbindungsoffiziere beider Länder. Nach der Besetzung Frankreichs durch Deutschland fanden die Deutschen die Akten der neutralitätspolitisch heiklen Absprachen in Dijon (nicht in La Charité-sur-Loire wie gemeinhin behauptet).

Autorin/Autor: Hans Senn

1.2 - Zweite Generalmobilmachung

Als Hitler am 10.5.1940 die Westoffensive gegen Frankreich und die Beneluxländer auslöste, traten alle entlassenen Wehrmänner am folgenden Tag wieder unter die Waffen. Die schweiz. Armeeführung befürchtete, die Wehrmacht würde die franz. Maginotlinie südlich durch die Schweiz umfassen. Nach dem Krieg stellte sich heraus, dass der Nachrichtendienst auf ein dt. Täuschungsmanöver hereingefallen war.

Als sich das Kampfgeschehen im Juni der Westgrenze näherte, verschob Guisan Truppen aus der Limmatstellung in den Jura zwischen Basel und Genf. Fortan schützte die Armee in einer lockeren Aufstellung das Land ringsum vor Gebietsverletzungen. Einem starken Angriff hätte sie indes kaum lange Widerstand leisten können. Mitte Juni griffen die den Oberrhein überquerende 7. dt. Armee und die vom Plateau de Langres vorstossende Panzergruppe Guderian die franz. Verteidiger von Belfort an. Das 45. franz. Korps mit 43'000 Soldaten konnte sich in die Schweiz absetzen und wurde interniert ([Internierungen](#)).

Nach dem Waffenstillstand zwischen Frankreich und Deutschland am 22.6.1940 sah sich die Schweiz mit Ausnahme eines kleinen Abschnitts am Genfersee auf allen Seiten von Streitkräften der Achsenmächte umschlossen. Gereizt vom Abschuss von elf dt. Flugzeugen auf Schweizer Gebiet durch die Schweizer Armee, liess Hitler ab dem 23.6. einen Angriffsplan gegen die Schweiz ausarbeiten (ab Okt. 1940 unter dem Decknamen Operation Tannenbaum) und die 12. Armee List an der Westgrenze aufmarschieren. Gemäss dem Plan sollte sie das Gros der schweiz. Armee im Mittelland zerschlagen, während ital. Kräfte den Alpenraum eroberten. Meinungsverschiedenheiten zwischen Hitler und Mussolini über eine Aufteilung der Schweiz erhöhten die Hemmschwelle. Absorbiert durch den Kampf gegen Grossbritannien und seine Pläne zur Gewinnung von Lebensraum in Osteuropa, schob Hitler die Erteilung des Angriffsbefehls hinaus.

Bundesrat und General waren der Auffassung, Hitler brauche nach der Niederlage Frankreichs die eingeschlossene Schweiz nicht mehr anzugreifen, da er sie politisch und wirtschaftlich erpressen könne. Am 6.7. wurden deshalb die Wehrmänner mit älteren Jahrgängen entlassen. Mitte Juli zog Guisan erste Konsequenzen aus der neuen Lage, indem er die Armee ein neues Dispositiv beziehen liess, das drei Elemente beinhaltete: die Grenzverteidigung, den Kampf um Zeitgewinn in Jura und Mittelland sowie die Verteidigung des Zentralraums ([Réduit](#)). Damit verbunden war die Drohung, bei einem Angriff die Alpentransversalen zu zerstören. Am 25.7.1940 eröffnete er beim [Rütli-Rapport](#) den auf der Rütliwiese versammelten Kommandanten seine Entschlüsse. Anfang August führte er einen Ablösungsturnus ein mit dem Ziel, dauernd ca. 120'000 Mann unter den Waffen zu behalten.

Autorin/Autor: Hans Senn

1.3 - Ausharren

Nachdem im Mai 1941 genügend Vorräte für Truppe und Bevölkerung im alpinen Zentralraum gelagert waren, zog Guisan auch die 2. Hälfte der Feldarmee ins Réduit zurück. Da die Armeeführung die Alpen transversalen als oberstes Faustpfand in der Dissuasionsstrategie gegen die beiden Achsenmächte betrachtete, wurde der Zerstörungsvorbereitung, u.a. auch der Verminung der Eisenbahntunnels, besonderes Gewicht zugemessen (Ende 1941 2'043 Sprengobjekte).

Das dt. Engagement in Nordafrika und der im Juni 1941 beginnende Ostfeldzug entspannten die strateg. Lage der Schweiz, hätte es doch fortan der Wehrmacht Mühe bereitet, die für die Eroberung der Schweiz notwendigen Truppen herauszulösen. Nach den dt. Niederlagen in Nordafrika (Nov. 1942) und Stalingrad (Febr. 1943) und dem alliierten Angriff auf Italien plante die dt. SS die Verteidigung einer Festung Europa, in der die Schweiz einen Pfeiler hätte darstellen können. Diese Bedrohung führte zum sog. Märzalarm 1943, als der Nachrichtendienst fälschlicherweise meldete, ein Angriff auf die Schweiz stehe unmittelbar bevor.

Als sich nach den Landungen der Alliierten in der Normandie und in der Provence das Kampfgeschehen im Herbst 1944 erneut der Schweiz näherte und die 7. US-Armee der Westgrenze entlang nach Belfort vorstieß, wo sich die Deutschen verschanzten, galt es Grenzverletzungen an der Westgrenze vorzubeugen. Die Überquerung des Rheins unterhalb Basels durch die franz. Armee de Lattre de Tassigny und deren Vorstoss nach Süddeutschland im Frühjahr 1945 verlangten den Schutz der Nordgrenze.

Auch im Süden näherten sich die im Sommer 1943 in Sizilien gelandeten Alliierten der Schweizer Grenze. Der Sturz Mussolinis, die Flucht Tausender von Italienern in die nahe Schweiz, die Partisanenkämpfe unmittelbar an der Schweizer Grenze (u.a. die Partisanenrepublik Ossola von Sept. bis Okt. 1944) verlangten eine starke militär. Präsenz. Im März und April 1945 fanden in der Schweiz unter Vermittlung von Major Max Waibel Verhandlungen zur Teilkapitulation der dt. Truppen in Italien statt, die am 2.5. erfolgte (Operation Sunrise). Am 8.5. ging mit der Kapitulation Deutschlands der Zweite W. in Europa zu Ende. Der Aktivdienst dauerte wegen Räumungsarbeiten noch bis zum 20.8.1945.

Autorin/Autor: Hans Senn

1.4 - Rüstung und Truppen

Bei Kriegsbeginn war die Schweiz nur mangelhaft gerüstet. In der Artillerie fehlte es an schweren Waffen, im Sept. 1939 zählte die Armee nur 24 Leichtpanzer. Die Luftwaffe verfügte abgesehen von 38 Messerschmitt-Maschinen und 2 Morane nur über veraltete Apparate. Die ungenügende Rüstung sollte mit dem Ausbau von Stellungen im Gelände kompensiert werden (**Befestigungen**). Schlecht ausgerüstet war die Armee in Bezug auf die Vorräte von Roh- und Hilfsstoffen, die während des Zweiten W.s zu hohen Preisen beschafft werden mussten. Bis zum Kriegseintritt Italiens im Juni 1940 konnten über die ital. Häfen Rohstoffe eingeführt werden, die in der Schweiz zu Rüstungsgütern verarbeitet wurden. Während des Zweiten W.s rüstete die Schweiz auf: 1939-45 steigerte die Armee die Anzahl der Panzerabwehrwaffen von 898 auf 5'974, die leichte Fliegerabwehr von 36 auf 3'365 Einheiten, die schwere Fliegerabwehr von 8 auf 274 und die Kriegsflugzeuge von 216 auf 530. Wegen fehlender Produktionsstätten und Metalle war die Rüstungslage trotz Verbesserungen bis Kriegsende von Mängeln geprägt.

Im Aug. 1939 wurden 430'000 Dienstpflichtige mobilisiert, dann wurde bis April 1940 der Bestand auf 220'000 Dienstpflichtige reduziert, im Mai jedoch wieder auf 450'000 Mann aufgestockt. Nach dieser Spitze lag der durchschnittl. Bestand bei ca. 120'000 Mann. Zur Unterstützung der Männer wurde für den rückwärtigen Bereich im April 1940 der freiwillige Frauenhilfsdienst geschaffen, der Ende 1940 15'000 Frauen zählte (**Militärischer Frauendienst (MFD)**). Die Ortswehren, die aus älteren und sehr jungen Männern bestanden, zählten im Jan. 1941 127'000 Mitglieder.

Während die Moral der Truppen in den ersten Monaten der Grenzbesetzung gut war, traten mit der längeren

Dauer des Kriegs bei den Soldaten Ermüdungserscheinungen ein, obschon der Dienst - anders als im Ersten Weltkrieg - nicht mehr nur aus Drill bestand. Die Verteidigungsbereitschaft nahm in der Masse ab, in dem ein Krieg gegen die Schweiz unwahrscheinlicher wurde. Der Rückzug ins Réduit ab dem Sommer 1940, gegen aussen und innen als Akt des Widerstands kommuniziert, bedeutete für die Armee eine Entlastung, da die Sicherung der Alpenfestung weniger Truppen benötigte als die vormalige Grenzbesetzung. Das daraufhin eingeführte Urlaubssystem, bei dem die Stammtruppe am Standort blieb, aber ein bestimmter Prozentsatz der Wehrmänner entlassen wurde, liess der Landwirtschaft und der Industrie wieder genügend Arbeitskräfte zukommen.

Autorin/Autor: Hans Senn

1.5 - Die militärisch betroffene Schweiz

Obwohl sich nach dem Fall Frankreichs im Juni 1940 das Kriegsgeschehen für über vier Jahre von der Schweiz entfernte, blieb diese nicht ganz unberührt. Der intensiv geführte Luftkrieg der Engländer und der Amerikaner ab Aug. 1940 gegen Deutschland und Italien führte zu einer häufigen Verletzung des schweiz. Luftraums (6'501 Vorfälle) mit 16 Abschüssen von Flugzeugen durch die schweiz. [Luftwaffe](#) und neun durch die Flugzeugabwehr, 191 Notlandungen und 56 Abstürzen. Im Nov. 1940 wurde in der Schweiz die Verdunkelung eingeführt. Schweizer Territorium wurde 77-mal bombardiert (84 Tote). Der gravierendste Zwischenfall war die Bombardierung von Schaffhausen am 1.4.1944 mit 40 Toten, über 100 Verletzten und dem Verlust von Kulturgütern. Die Alliierten vergüteten die von ihren Bombern verursachten Schäden.

Die neutrale Schweiz war ausserdem eine ideale Drehscheibe des Nachrichtenaustauschs aller Krieg führenden Länder ([Nachrichtendienste](#)). So sammelte der Geheimdienst der USA unter der Leitung von Allan W. Dulles in Bern die Nachrichten aus Deutschland, Frankreich und Italien. Daneben betrieben auch die Engländer, Franzosen, Italiener, ja selbst die Chinesen und Japaner einen Nachrichtendienst in der Schweiz.

Autorin/Autor: Hans Senn

2 - Aussenpolitik

Die Wirtschaft war für die schweiz. Aussenbeziehungen während des Kriegs von zentraler Bedeutung. Sie bildete eine Grauzone, welche die Verpflichtungen aufgrund der vom Bundesrat am 31.8.1939 bekräftigten Neutralitätspolitik nur unscharf begrenzten. Der Freisinnige Marcel Pilet-Golaz, der im März 1940 die Nachfolge von Giuseppe Motta als Vorsteher des Eidg. Politischen Departements (EPD) antrat, spielte in diesem Bereich nur eine Nebenrolle. In einigen wichtigen Momenten griff er jedoch entscheidend ein, z.B. im Juni 1940, als er sich mit realpolit. Argumenten für finanzielle Eingeständnisse an das Dritte Reich aussprach. Federführend war die ständige Delegation für Wirtschaftsverhandlungen mit dem Ausland, der neben Heinrich Homberger vom Vorort und Jean Hotz von der Handelsabteilung auch der Finanzspezialist des EPD, Robert Kohli, angehörte. Letzterer übernahm im Nov. 1941 die Leitung einer wichtigen Sektion des EPD, die für den Schutz schweiz. Interessen im Ausland zuständig war und mit der Zeit eine regelrechte Finanzdiplomatie entwickelte.

In der schweren Krise vom Sommer 1940 setzte Pilet-Golaz auf realpolit. Erwägungen auf eine Taktik der Zurückhaltung. Mit seiner Radiorede vom 25.6., die er als Bundespräsident hielt, stiftete er jedoch wegen einiger, in der dt. Fassung besonders zweideutig formulierter Passagen etl. Verwirrung. Pilet-Golaz ging allerdings nicht so weit, wie der Schweizer Gesandte in Berlin, Hans Frölicher, gewünscht hatte. Dieser hatte ihm am 10.6. geschrieben, die schweiz. Neutralitätspolitik müsse sich künftig auf die Freundschaft mit Deutschland und Italien stützen, und vorgeschlagen, als Erstes rasch jegl. Beziehung zum Völkerbund abzubrechen, was im Herbst auch die berühmte [Eingabe der Zweihundert](#) verlangte. Der Bundesrat entschied sich gegen eine solch radikale Massnahme, beschloss jedoch, ab 1941 die Zahlung des Jahresbeitrags an den Völkerbund einzustellen und die Beziehungen mit dessen Sekretariat in Genf auf ein Minimum zu

beschränken. Frölicher schlug nach Beginn der Operation Barbarossa (Juni 1941) die Entsendung schweiz. Ärztemissionen an die dt. Ostfront vor. Im Aug. 1940 ergriff General Guisan, dem Frölichers Tätigkeit missfiel, die Initiative und beantragte beim Bundesrat, Carl Jakob Burckhardt als "neuen Mann" in Sondermission nach Berlin zu entsenden. Damit überschritt der Oberbefehlshaber der Armee seine Kompetenzen. Im Nov. 1940 wiederholte er seinen Vorschlag vergeblich.

Ab Sept. 1939 hielt sich die Schweiz unter Berufung auf ihre Neutralität an die Regel, im Krieg entstandene neue Staaten und Regime nicht anzuerkennen und die Beziehungen zu den vor Kriegsausbruch bestehenden Staaten aufrechtzuerhalten. So unterhielt das EPD weiterhin Beziehungen zur poln. Gesandtschaft in Bern, obwohl der poln. Staat seit Sept. 1939 nicht mehr existierte, was Berlin als unfreundl. Akt auffasste. Ebenso wurde es mit Belgien und Jugoslawien gehandhabt.

Was die Achsenmächte anbelangt, gerieten die Beziehungen mit Italien im Jan. 1942 in eine schwere Krise, als Rom von Pilet-Golaz die Abberufung des Gesandten Paul Ruegger forderte und erwirkte, nachdem dieser sich heftig dagegen gewehrt hatte, Italien einen neuen Kredit zu gewähren. Erst im Nov. 1942 wurde ein neuer Gesandter nach Rom geschickt: der Bankier Peter Vieli, der die Eingabe der Zweihundert mit unterzeichnet hatte und von Wirtschaftskreisen nachdrücklich empfohlen worden war. Vieli wurde nach dem Waffenstillstand vom 8.9.1943 in die Schweiz zurückberufen. Die Regierung der Repubblica sociale italiana, der sog. Republik von Salò, die Mussolini unter dt. Schutz im Norden gegründet hatte, wurde von Bern gemäss der oben erwähnten Regel de jure nicht anerkannt, doch wurden Beziehungen mit einem in der Schweiz zugelassenen Handelsbeauftragten geknüpft.

In Frankreich vertrat Walter Stucki, 1938 zum Gesandten in Paris ernannt, bis zum Ende des Pétain-Regimes im Aug. 1944 in Vichy weiterhin die Schweiz. Ab Sommer 1943 pflegte das EPD heiml. Kontakte mit den Vertretern des freien Frankreich in Algier, doch erst am 31.10.1944, unmittelbar nach der analogen Entscheidung der Alliierten, anerkannte Bern die von General Charles de Gaulle gebildete provisor. Regierung. Die neuen franz. Behörden widersetzten sich der Rückkehr Stuckis nach Paris, um einen Bruch mit Vichy-Frankreich zu markieren. Erst im Mai 1945 wurde der Posten mit Burckhardt neu besetzt.

Was die Alliierten betrifft, wurden die Beziehungen der Schweiz mit London u.a. durch Pilet-Golaz' mangelndes Verständnis für die angelsächs. Welt belastet, wenngleich er sich des freundschaftl. Verhältnisses zu den engl. Vertretern in Bern rühmte, insbesondere zu David Kelly. Nachdem der Gesandte in London, Walter Thurnheer, im Dez. 1943 in die Schweiz zurückgekehrt war, wartete Pilet-Golaz mehrere Monate, bis er Ruegger zum Nachfolger für diesen strategisch wichtigen Posten in der brit. Hauptstadt ernannte.

Angesichts des wachsenden Misstrauens der Regierung Roosevelt gegenüber der Neutralität der Schweiz und der Rolle ihrer Banken schlug Pilet-Golaz im Juni 1941 vor, den Industriellen Hans Sulzer, der bereits 1917 zu Woodrow Wilson entsandt worden war, als ausserordentl. Gesandten nach Washington zu schicken. Das Vorhaben wurde jedoch aufgegeben, nachdem Washington beschlossen hatte, die Schweizer Gelder "einzufrieren". Nach dem Kriegseintritt der USA verschlechterten sich die Beziehungen und 1944-45 war das Verhältnis angespannt.

Im Bereich der [Guten Dienste](#) oder der aktiven Neutralität spielte die Schweiz eine wichtige Rolle als Schutzmacht: Ab Kriegsbeginn kümmerte sich das EPD um den Schutz dt. Interessen im brit. Empire und übernahm nach dem Kriegseintritt der USA im Dez. 1941 sämtl. Schutzmachtmandate, die bis dahin die amerik. Diplomatie innegehabt hatte. Die Schweiz vertrat die Interessen von über 35 Ländern, auch die der Grossmächte mit Ausnahme der Sowjetunion. Dieser Aspekt der eidg. Aussenpolitik wird häufig unterschätzt, obwohl er sich in der Endphase positiv ausgewirkt haben dürfte, insbesondere auf die Beziehungen mit London und Washington.

1944 endete Pilet-Golaz' Versuch, mit der Sowjetunion Beziehungen zu knüpfen, mit einem völligen Misserfolg. Zu einer ersten Annäherung an Moskau war es im Febr. 1941 gekommen, als die Schweiz mit der Sowjetunion ein Handelsabkommen abgeschlossen hatte, doch im Juni 1941 hatte die Schweiz die

Beziehungen einseitig abgebrochen. Im Sommer 1944 erhielt Ruegger, der Gesandte in London, von Pilet-Golaz den Auftrag, mit der sowjet. Botschaft in Grossbritannien in Verbindung zu treten. Das am 13.10. verfasste offizielle Gesuch wurde am 1.11. von Stalin schroff abgelehnt, wobei er der Schweizer Regierung vorwarf, über lange Jahre eine faschismusfreundl. Politik zu Ungunsten der Sowjetunion betrieben zu haben. Daraufhin gab Pilet-Golaz nur wenige Tage später, am 7.11., seine Demission bekannt. Der im Dezember zu seinem Nachfolger gewählte Freisinnige Max Petitpierre übernahm die Verantwortung für die Schweizer Diplomatie in den letzten Kriegsmonaten und den Nachkriegsjahren. Diese Zeit war von schwierigen Verhandlungen mit den Alliierten geprägt ([Washingtoner Abkommen](#)).

Autorin/Autor: Mauro Cerutti / EM

3 - Innenpolitik

In der Zeit des Zweiten W.s stand alles unter dem Primat der Aussen- und Sicherheitspolitik. Zentrale Aspekte der Innenpolitik waren dabei v.a. die Beschäftigungs- und Sozialpolitik mit gleitenden Übergängen zur Wirtschaftspolitik, zu der auch die Ernährungsfrage zählte.

Am 30.8.1939 wurde der Bundesrat mit zusätzl. Vollmachten ausgestattet, die ihm Einschränkungen der verfassungsmässigen Ordnung erlaubten ([Vollmachtenregime](#)). Basierend auf diesem Notverordnungsrecht fasste der Bundesrat bis Kriegsende über 500 Beschlüsse meist wirtschaftspolit. Natur. Diese Massnahme fiel mit der generellen Tendenz zusammen, die Regierungsautorität auf- und das Parlament abzuwerten. Die ausserordentl. Vollmachten liessen die Exekutive aber nicht etwa erstarren, sondern führten eher zu deren Schwächung, da die Interessenverbände die Regierung über das geschwächte Parlament hinweg direkt unter Druck setzen konnten. Hingegen stärkten die Vollmachten des Bundesrats den Bund auf Kosten der Kantone.

Die Parteien waren entsprechend dem zeittyp. Antiparlamentarismus nicht sonderlich angesehen. Mit versch. Reformvorschlägen wurde versucht, die Parlamentskompetenzen einzuschränken. Der im Juni 1940 gegr. [Gotthardbund](#) setzte sich für die innere Einheit der Schweiz und eine autoritäre Demokratie ein ([Frontenbewegung](#)). Im März 1941 wurde eine Initiative eingereicht, um die Zahl der Nationalratssitze auf ungefähr die Hälfte zu reduzieren; im Mai 1942 lehnten die Stimmbürger diese jedoch deutlich ab. Das Kräfteverhältnis der Parteien blieb in den Kriegsjahren einigermaßen stabil. Die extremen Parteien auf dem linken und rechten Flügel waren bereits in den ersten Kriegsjahren verboten worden, so im Nov. 1940 die [Kommunistische Partei \(KP\)](#) und die Nationale Bewegung Schweiz.

Die eidg. Wahlen vom Herbst 1939 standen im Zeichen der nationalen Geschlossenheit, in acht Kantonen und einem Halbkanton wurden bloss stille Bestätigungswahlen durchgeführt. Mit 20% Parlamentsneulingen brachten diese Wahlen eine bescheidene Erneuerung. Der Bundesrat bestand bis 1943 aus vier Vertretern der FDP, zwei der Katholisch-Konservativen und einem Vertreter der BGB. Eine sozialdemokrat. Volksinitiative, die eine SP-Regierungsbeteiligung durch die Einführung der Volkswahl des Bundesrates herbeiführen wollte, wurde im Jan. 1942 im Verhältnis 1:2 abgelehnt. Im Herbst 1943 trat mit einem Anteil von 37% wieder eine durchschnittl. Erneuerung ein. Wahlsieger waren die Sozialdemokraten. Das Ergebnis war die Folge der wachsenden Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik, an der die Linke noch nicht beteiligt und darum auch nicht belastet war. Im Dez. 1943 öffnete die bürgerlich dominierte Bundesversammlung das Konkordanzregime für die Linke und wählte mit Ernst Nobs erstmals einen Sozialdemokraten in die Landesregierung.

Gegen das vom Bundesrat vorgebrachte Bundesgesetz über die Einführung eines Obligatoriums für den [Militärischen Vorunterricht](#) für 16-19-Jährige (das einzige während des W. s) wurde das Referendum ergriffen. In der Volksabstimmung wurde es im Dez. 1940 trotz der allg. Bedrohungslage v.a. aus einem antizentralist. Reflex heraus abgelehnt. Bei der Einführung der Einkommenssteuer hielten es Bundesrat und Parlament nicht für ratsam, die bereits auf den 2.6.1940 angekündigte Abstimmung in dieser schwierigen Zeit tatsächlich durchzuführen. Die Einkommenssteuer wurde schliesslich auf dem Vollmachtenweg eingeführt.

Die Presse unterstand der Nachzensur ([Zensur](#)). Diese stand aber mehr im Dienste der aussenpolit. Rücksichtnahmen als der innenpolit. Repression. Offiziell verlangte der Staat keine Gesinnungsneutralität, faktisch wurde aber eine gewisse Zurückhaltung in den Stellungnahmen zum internat. Geschehen gefordert. Die Armee durfte aus Imagegründen nicht kritisiert, die [Neutralität](#) nicht diskutiert und auch die Landesregierung nicht in ihrem Ansehen geschmälert werden. Verstösse gegen Richtlinien und Einzelweisungen wurden geahndet. Die schwachen Sanktionen bewirkten aber wenig und die starken konnten aus demokrat. Skrupeln kaum eingesetzt werden; extreme Haltungen blieben aber immerhin eingeschränkt. Die Presse hatte die in ihrer überwältigenden Mehrheit achsenfeindlich eingestellte Bevölkerung auf ihrer Seite.

Die Demokratie lebte mitten in einem von Krieg und Totalitarismus geprägten Europa weiter, wenn auch in reduziertem Mass. In den ersten anderthalb Jahren der Aktivdienstzeit wurden keine Initiativen eingereicht, 1941 zwei und 1942-43 fünf. Mit der Kriegswende belebten sich Innen- und Sozialpolitik. 1942 wurden Initiativen zum Schutz der Fam. und zur Altersfürsorge lanciert, 1943 zwei Initiativen zum Schutz der Arbeit und eine gegen die Spekulation.

Mit der [Rationierung](#) von Lebensmitteln wollte der Bundesrat eine von der Kaufkraft unabhängige minimale Lebensmittelversorgung garantieren. Im Jan. 1940 wurde für Wehrmänner ein Rechtsanspruch auf Lohnausfallentschädigung eingeführt und mit einer gemischten Finanzierung sichergestellt: Arbeitgeber und Arbeitnehmer steuerten je zwei Lohnprozente bei und die öffentl. Hand (Bund zwei Drittel, Kantone ein Drittel) haftete für einen gleich hohen Betrag ([Erwerbersatzordnung](#)).

Im Rahmen der [Kriegswirtschaft](#) wurde im Sept. 1939 in wichtigen Bereichen eine Preisbindung eingeführt. So waren Grosshandels- und Einzelhandelspreise, Miet- und Pachtzinse sowie Elektrizitäts- und Gastarife bewilligungspflichtig. Wer sich der Preisanschriftspflicht nicht unterzog, riskierte die Schliessung seines Betriebs. Ein Anstieg der Konsumentenpreise konnte aber nicht verhindert werden: Der Index stieg 1938-42 von 100 auf 146 Punkte, bis Kriegsende auf 152 Punkte. Die Lohnentwicklung blieb allerdings hinter der Preisentwicklung zurück, was zu einer Reallohneinbusse führte ([Preis- und Lohnpolitik](#)). Den Teuerungsausgleich wollte die Regierung aus volkswirtschaftl. Gründen nur partiell gewähren, weil sie - bei gleichbleibender (knapper) Warenmenge - nicht mit Lohnerhöhungen die Inflation anheizen und so eine Schwächung der Kaufkraft der wirtschaftlich schwachen Schichten herbeiführen wollte.

Im Steuerwesen verfolgte der Bund eine ausgleichende Umverteilungspolitik: Eine [Kriegsgewinnsteuer](#) schöpfte bis zu 70% der Gewinne ab. Eine als Wehropfer bezeichnete zweimalige Vermögenssteuer brachte über 600 Mio. Fr. ein. Schliesslich wurde auch eine Steuer auf Luxusgüter erhoben. Die 1941 unter dem Namen Wehrsteuer eingeführte Einkommenssteuer des Bundes belastete die einkommensstarken Steuerzahler besonders stark ([Direkte Bundessteuer](#)).

Das Problem der [Arbeitslosigkeit](#) war bei Kriegsbeginn weitgehend entschärft. Nach dem Höchststand von 93'000 im Jahr 1936, was 5% der aktiven Bevölkerung entsprach, waren im Sommer 1939 nur noch 28'000 Arbeitslose zu verzeichnen. Die Kriegsjahre brachten einen weiteren Abbau, ja sogar eine ungedeckte Nachfrage nach Arbeitskräften. Noch im Sommer 1940 galt jedoch die Hauptsorge der möglicherweise schnell wieder steigenden Arbeitslosigkeit. Die Verknappung der Arbeitskräfte verschärfte die zwischen Armee, Exportindustrie und Landwirtschaft geführten Diskussionen um die Frage, welche Arbeitskraft wem zustehe.

Autorin/Autor: Georg Kreis

4 - Wirtschaft

Beide Kriegsparteien versuchten, die wirtschaftl. Kapazitäten der neutralen Länder für ihre Zwecke zu nutzen. Umgekehrt war die exportorientierte, offene Volkswirtschaft der Schweiz auf den Import von Rohstoffen und Nahrungsmitteln und auf den Export ihrer Konsum- und Investitionsgüter angewiesen. Doch die beiden Blockaderinge (alliierte Blockade und dt.-ital. Gegenblockade) behinderten den Aussenhandel stark: Nie war

die Schweiz so wenig in die Weltwirtschaft integriert wie in jenen Jahren; die Anteile von Import und Export am Nettosozialprodukt standen 1945 auf dem hist. Tief von jeweils knapp 10%. Aber der sinkende Aussenhandel wurde durch die Binnenwirtschaft kompensiert; die Kapazitäten waren durch Kriegsausgaben und Autarkiebemühungen ausgelastet. Die Rahmenbedingungen der Wirtschaft im Krieg waren bereits in den 1930er Jahren angelegt. Der grösste Teil des Aussenhandels wurde über den gebundenen Zahlungsverkehr abgewickelt (**Clearing**), das Vollmachtenregime hatte seinen Vorläufer in der Politik der dringl. Bundesbeschlüsse. Dem Bilateralismus in den Warenbeziehungen entsprach der "Verbandsstaat" im Innern: Die Wirtschaftsverbände, allen voran der **Schweizerischer Handels- und Industrieverein (SHIV)** (Vorort), gaben ihre Zustimmung zu einer interventionist. Aussenwirtschaftspolitik nur unter der Bedingung, dass sie bei der Umsetzung direkt einbezogen würden. Das zentrale Gremium in diesem System war die sog. Ständige Wirtschaftsdelegation.

Die Schweiz war in wirtschaftl. Hinsicht besser für den Krieg gerüstet als 1914: Am 4.9.1939 wurde die von langer Hand vorbereitete kriegswirtschaftl. Organisation in Kraft gesetzt. Die **Anbauschlacht** im Rahmen der **Wirtschaftlichen Landesversorgung** ermöglichte zwar bei weitem nicht die nationale Selbstversorgung, war aber für die Bevölkerung ein wichtiges Symbol für die Bemühungen um grösstmögl. Autarkie. Die Rationierung gewährleistete eine einigermaßen gerechte Verteilung der vorhandenen Güter. Trotz der dadurch bedingten Entbehrungen im persönl. Konsum war die Ernährungslage in der Schweiz im Vergleich zu den besetzten Ländern recht gut. Die Gesamtversorgung mit Nahrungsmitteln fiel zwischen 1934 und 1944 dennoch um 28%. So reduzierte sich in den Kriegsjahren die Fleischproduktion um 40%, die Milchproduktion um 21%.

Der bereits vor dem Krieg einsetzende Aufschwung ging in eine Art Kriegskonjunktur über, die allerdings im Rohstoffmangel ihre angebotsseitigen Grenzen fand: Das reale Nettosozialprodukt sank von 8,3 Mrd. Fr. (1938) auf 7,2 Mrd. Fr. (1942) und erreichte erst 1946 wieder den Vorkriegsstand. Auch der Index der Industrieproduktion fiel von 124 (Durchschnitt der Jahre 1937-40) auf 94 (Durchschnitt der Jahre 1941-44). Der Rückgang betraf alle Branchen der Export- wie der Binnenwirtschaft. Umgekehrt stieg die Zahl der Fabrikbetriebe (+23,8%) wie auch diejenige der Fabrikarbeiter (+32,7%) im Zeitraum 1937-46 stark an.

Die Gewinne der Unternehmer verminderten sich während des Kriegs. Doch dank intakten, oft auch modernisierten Industrieanlagen sowie einem gestärkten Finanzplatz im Rücken standen sie 1945 bereit, um das kriegsversehrte Europa mit ihren Gütern zu beliefern. Die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten fielen hingegen während des Kriegs unter den Vorkriegsstand, stiegen 1946-47 aber stark an. Anders verhielt es sich in der Landwirtschaft, in der die Einkommen während des Zweiten W.s dank der Nahrungsmittelknappheit um 40% anstiegen.

In den Aussenhandelsbeziehungen kam es bei Kriegsbeginn zu einem Paradigmenwechsel: Die Ausfuhr wurde in den Dienst der Einfuhr gestellt. Man wählte die Exportländer im Hinblick auf deren Möglichkeit, die Schweiz mit Rohstoffen und Waren zu beliefern. Es entwickelte sich eine Verhandlungsdiplomatie mit meist parallelen Verhandlungen zu den beiden Kriegsparteien: Jede Vereinbarung mit der einen Seite musste von der anderen Seite akzeptiert werden, sonst drohte die Reduzierung oder gar Sperrung der Schweizer Zufuhren. Mit Deutschland schloss der Bundesrat am 9.8.1940 und am 18.7.1941 zwei Abkommen, die dem Reich u.a. einen Clearingkredit von 850 Mio. Fr. garantierten. Mit Italien einigte sich die Schweiz 1940-42 in insgesamt drei Abkommen auf einen Kredit von 215 Mio. Fr. Mit den Alliierten wurde am 25.4.1940 das bei seinem Inkrafttreten bereits überholte War Trade Agreement vereinbart. Die Alliierten zeigten bis zur Kriegswende vom Winter 1942-43 Verständnis für die Lage der Schweiz. Doch danach verschärfte sich der Druck: Im Jan. 1943 warnten sie vor Raubgutkäufen, von Frühling bis Herbst 1943 unterbanden sie die Nahrungsmittelzufuhr in die Schweiz, ab Aug. 1943 erstellten sie schwarze Listen von Firmen, die Geschäftsbeziehungen mit den Achsenmächten unterhielten.

Ein ab Jahresbeginn 1943 bestehender vertragsloser Zustand mit Deutschland wurde am 1.10. mit einem neuen Zusatzabkommen beendet, in dem die dt. Delegation erstmals nicht mehr alle Forderungen

durchsetzen konnte und eine Reduktion der Schweizer Warenlieferungen akzeptieren musste. Danach wurden die Abkommen immer kurzfristiger und für Deutschland ungünstiger, doch war dem Bundesrat aus prinzipiellen Neutralitätspolit. Überlegungen daran gelegen, mit dem nationalsozialist. Regime bis zu dessen Untergang geordnete Beziehungen zu pflegen. Auch wollte er es sich mit einem zukünftigen Deutschland nicht verderben. Am 1.10.1944 verbot die Schweiz jegl. Kriegsmaterialexport, in weiteren Abkommen vom 19.12.1944 und vom 16.2.1945 (Mission [Currie-Foot](#)) kam sie den alliierten Forderungen weiter entgegen. Der alliierte Druck hielt aber auch nach dem Krieg an, erst mit dem Washingtoner Abkommen von 1946 konnte sich die Schweiz davon befreien.

Gegen Ende des Kriegs wurde die Kriegswirtschaft sukzessive durch vorbereitende Massnahmen für den Wiederaufbau Europas und die Nachkriegsordnung ersetzt. Bereits am 22.3.1945 hatte die Schweiz ein Finanzabkommen mit Frankreich vereinbart: Mit solchen Hilfeleistungen am Wiederaufbau Europas konnte der Bundesrat einerseits das Image der Schweiz bei den Alliierten aufbessern, andererseits verhinderte er die befürchtete Nachkriegsdepression durch eine aktive Kreditpolitik zugunsten der Exportindustrie. Zudem war dies ein probates Mittel, sich in der Nachkriegszeit Märkte zu sichern. Weitere solche Abkommen mit Belgien, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen, Grossbritannien und der Tschechoslowakei mit einer Gesamtsumme von 650 Mio. Fr. folgten bis Mitte 1946.

Schweizer Warenexporte wie Waffen, Maschinen, Werkzeuge, Uhren, aber auch Elektrizitätslieferungen waren für die dt. Kriegswirtschaft wichtig, aber nicht kriegsentscheidend. Zwar gingen 1940-44 84% der Schweizer Waffen- und Munitionsexporte an die Achsenstaaten, doch der Anteil dieser Lieferungen an der dt. Gesamtproduktion betrug nur etwa 1%. Ähnlich tief lagen die Werte bei Fabrikaten der Maschinenindustrie. Nur bei wenigen Erzeugnissen der Uhrenindustrie - insbesondere Zünderbestandteilen - kann man von einer fast vollständigen dt. Abhängigkeit von Schweizer Produkten ausgehen.

Mehr als an der industriellen Produktion war Deutschland am Schweizer [Finanzplatz](#) interessiert. Nach dem Kriegseintritt der USA im Dez. 1941 war der Schweizer Franken eine der wenigen frei konvertiblen Währungen. Die dt. Kriegswirtschaft beschaffte sich in der Schweiz Devisen mit dem Verkauf von Währungsgold der dt. Reichsbank, das in den besiegten Ländern konfisziert worden war (Raubgold) und das sie für 1'212 Mio. Fr. an die Schweiz. Nationalbank bzw. 267 Mio. Fr. an die Schweizer Grossbanken verkaufte. Weitere Einkommensquellen waren die sog. freien Devisenspitze im Clearingverkehr (183 Mio. Fr.) und der Verkauf von geraubten Wertschriften (mind. 11 Mio. Fr.). Die Devisen setzte Deutschland in anderen neutralen Ländern wie Schweden, Spanien, Portugal und der Türkei für den Kauf kriegsnotwendiger Rohstoffe (z.B. Erdöl, Wolfram, Zinn, Kautschuk), Fertigwaren und Dienstleistungen ein. Die Finanzdienstleistungen, aber auch der [Transitverkehr](#) zwischen Deutschland und Italien über die Gotthard- bzw. die Lötschberg-Simplon-Linie veranlassten im Jan. 1944 das dt. Rüstungsministerium, von einem [Wirtschaftskrieg](#) gegen die Schweiz abzusehen.

Der Rückzug ins Réduit und die Reduktion der mobilisierten Verbände hatten zur Folge, dass Soldaten vom Dienst freigestellt wurden und in die zivilen Betriebe zurückkehren konnten, die z.T. für die dt. und ital. Kriegswirtschaft produzierten. Die Strategie gegenüber Deutschland, mittels wirtschaftl. Zusammenarbeit die polit. Anpassung zu vermeiden, war innenpolitisch breit abgestützt. Auch die Gewerkschaften und die ab 1943 in den Bundesrat eingebundene SP unterstützten mit dem Anliegen der Vollbeschäftigung eine Aussenwirtschaftspolitik, die drei Funktionen erfüllte: erstens eine Versorgung der Bevölkerung und der Industrie mit notwendigen Importen, zweitens Wohlfahrt durch Vollbeschäftigung und damit die Erhaltung des sozialen Friedens und drittens Sicherheit, da man sich erhoffte, dass Deutschland aus wirtschaftl. Interessen die territoriale Integrität und die polit. Unabhängigkeit der Schweiz achten würde.

Autorin/Autor: Martin Meier

5 - Soziales

In Erinnerung an die sozialen Spannungen im Ersten Weltkrieg und den Landesstreik von 1918 trafen

Regierung und Oberbefehlshaber der Armee Massnahmen zur Verhinderung einer Krise. Zu nennen sind die Lohnausfallentschädigung, die zuweilen vom Schwarzmarkt unterlaufene Rationierung, die teilweise Preiskontrolle und Truppenentlassungen bei verminderter Gefahr. Dennoch herrschte während des gesamten Kriegs zwischen Konsumenten mit geringem Einkommen und Bauern eine gewisse Feindseligkeit, die von den jeweiligen Presseorganen und Gewerkschaften geschürt wurde. 1941-42 äusserte sich gelegentlich Unmut gegen Kriegsgewinnler und Reiche. Die 1939 bereits stark gesunkene Arbeitslosigkeit wich allmählich einem Arbeitskräftemangel, doch Bevölkerung und Behörden zweifelten an der Dauerhaftigkeit der Vollbeschäftigung. Frauen wurden insbesondere in der Landwirtschaft eingesetzt, während sich ihre Stellung in den anderen Sektoren durch den Krieg kaum veränderte. 1941 erreichte die Zahl der erwerbstätigen Frauen einen noch nie verzeichneten Tiefstand ([Frauenerwerbsarbeit](#)). Mehr als zwei Drittel der Frauen waren ledig; von den Verheirateten waren weniger als 10% erwerbstätig. Das andere grosse Thema der Sozialpolitik war die [Alters- und Hinterlassenenversicherung](#), die zweifellos wegen des Kriegs im Mai 1944 von der Regierung befürwortet und im Juli 1947 vom Volk angenommen wurde.

Die Behörden mussten sich auch um die Moral der Truppen und der Bevölkerung kümmern. Die Zivilbevölkerung zu ermutigen, war alles andere als einfach, zumal zahlreiche demoralisierende Faktoren zusammenkamen: die Niederlage Frankreichs, die Ungewissheit über den künftigen polit. Kurs (Anpassung oder Widerstand), das mehrtägige Schweigen der Regierung im Juni 1940, die Gefahr einer fünften Kolonne, die Ambivalenz der Réduit-Taktik, das Gefühl, innerhalb der eigenen Grenzen eingeschlossen zu sein, die ausländ., insbesondere dt. Propaganda (beispielsweise durch die Wochenschau), die lange Dauer des Konflikts und die schwierigen Lebensbedingungen. Diesen Faktoren entgegenzuwirken, war Aufgabe der Sektion [Heer und Haus](#), die dabei häufig von der Presse unterstützt wurde.

Trotz aller Einschränkungen war die Schweiz im Vergleich zu den Krieg führenden Staaten privilegiert. Der Gesundheitszustand der Schweizer war relativ gut, was u.a. der zucker- und fettarmen Ernährung zu verdanken war. Die Sterberate schwankte zwischen 10,9‰ (1942) und 12‰ (1940 und 1944). Die Einwohnerzahl wuchs von 1939 (geschätzte durchschnittl. Bevölkerung 4'205'600) bis 1945 (4'412'000) um über 200'000 Personen. Gemäss der Volkszählung 1941, die wegen der besonderen Ereignisse ein Jahr später als geplant stattfand, betrug die Gesamtbevölkerung 4'265'703 Einwohner. Der Ausländeranteil war mit 5,2% auf dem tiefsten Stand seit 1850 angelangt. Die Heiratsrate stieg 1939-41 von 7,5‰ auf über 8‰. Die Geburtenrate, die 1937 noch 14,9‰ betragen hatte, lag 1942 bereits über 18‰ und erreichte 1945 den Höchststand von 20,1‰. Die Zahl der Auslandschweizer sank 1939-45 von rund 290'000 auf rund 248'000 Personen. Dies hing einerseits damit zusammen, dass 1939, 1940 und 1945 viele von ihnen in die Schweiz zurückkehrten, wobei die Schweizer Kolonie in Deutschland auf die Hälfte schrumpfte. Für Schweizerinnen war die Heimkehr schwieriger, weil sie durch die Heirat mit einem Ausländer damals automatisch das Bürgerrecht verloren. Andererseits kam die Auswanderung zum Stillstand.

Autorin/Autor: Lucienne Hubler / EM

6 - Flüchtlinge

Vor Kriegsausbruch waren zivile [Flüchtlinge](#) durch das Völkerrecht weit weniger gut geschützt als Militärpersonen, die unter dem Schutz der [Haager Konventionen](#) standen. Insgesamt internierte die Schweiz 103'000 Soldaten und Offiziere, darunter rund 29'000 Franzosen und 12'000 Polen im Juni 1940 und über 20'000 Italiener im Herbst 1943.

Der Aufnahme von Zivilpersonen stand eine Gesetzgebung entgegen, die sich seit dem Ersten Weltkrieg deutlich verschärft hatte ([Ausländer](#)). An der im Juli 1938 abgehaltenen [Konferenz von Evian](#) erklärte sich die Schweiz zum Transitland, wobei sog. Emigranten in der Erwartung einer raschen Ausreise vorübergehend geduldet wurden. Ab Kriegsbeginn galt für alle Ausländer die Visumpflicht. Davon befreit waren lediglich polit. Flüchtlinge, wobei den Juden dieser Status nicht zuerkannt wurde. Aufgrund schweiz.-dt. Verhandlungen kennzeichneten die Deutschen die Pässe der dt. Juden ab Okt. 1938 mit dem sog. Judenstempel ([Stempel "J"](#),

Asyl).

Im Sommer 1942, als wegen der Razzien in Frankreich immer mehr Juden in die Schweiz einzureisen versuchten, schloss die Schweiz ihre Grenzen, obwohl Bern über die Judenverfolgungen in Osteuropa informiert war. Bundesrat Eduard von Steiger rechtfertigte diese Massnahme, indem er die Schweiz mit einem bereits stark besetzten Rettungsboot verglich. In einem Kreisschreiben vom 13.8. verlangte der Chef der Polizeiabteilung, Heinrich Rothmund, die Rückweisung illegal eingereister Juden, womit er zahlreiche Proteste auslöste. Daraufhin forderte Rothmund bereits am 31.8. den Leiter der Genfer Polizei vertraulich auf, "abzuwarten und möglichst wenige zurückzuweisen". Deshalb wurden im Sept. und Okt. 1942 trotz restriktiver offizieller Weisungen die meisten Einreisen jüd. Flüchtlinge verzeichnet, hauptsächlich in Genf. Mit der Besetzung der freien Zone Frankreichs im November sowie der Einführung neuer, noch drakonischerer Polizeiweisungen am 29.12. sank die Zahl der Aufgenommenen beträchtlich. Erst im Juli 1944, nach der Landung der Alliierten und den Nachrichten über die Massaker an den ungar. Juden, hob die Polizeiabteilung ihre Weisungen vom Dez. 1942 wieder auf und anerkannte die Juden als polit. Flüchtlinge. Etwas über 21'000 von ihnen fanden während des Kriegs Zuflucht in der Schweiz; rechnet man die Juden dazu, die sich vor 1939 als sog. Emigranten in der Schweiz aufhielten, waren es rund 28'000. Insgesamt wurden ab Sept. 1939 51'000 Zivilpersonen aufgenommen. Über die Zahl der abgewiesenen Zivilpersonen gehen die Meinungen auseinander. Carl Ludwig schätzte diese 1957 auf 10'000, wogegen Guido Koller 1996 von einer doppelt so hohen Zahl ausging. Die laufenden Forschungen über die Bewegungen an der Grenze zu Frankreich und Italien werden wahrscheinlich genauere Schätzungen ermöglichen. Wie viele Zivilpersonen sich abschrecken liessen und die Einreise gar nicht erst versuchten, wird im Dunkeln bleiben.

Rothmund war nicht der einzige Verantwortliche der schweiz. Asylpolitik, der von Bundesrat und Parlament Unterstützung erhielt, obwohl die dt. Behörden keinerlei Druck ausübten, um die Schweiz zur Schliessung ihrer Grenzen zu bewegen. Auch die Armee und ihr Oberbefehlshaber trugen zur Verschärfung der restriktiven Massnahmen bei, ebenso die kant. Behörden, die zuweilen von Bern ein härteres Vorgehen verlangten. Diese Politik wurde durch private Initiativen ausgeglichen (etwa durch Paul Grüninger) und von den Kirchen und humanitären Kreisen kritisiert. Nicht zu vergessen ist auch die Rolle des IKRK ([Rotes Kreuz](#)), das neben seinem Engagement im Ausland (Gefangenenbesuche und Beförderung von Gefangenenpost) die vorübergehende Aufnahme franz. und belg. Kinder in der Schweiz organisierte.

Autorin/Autor: Mauro Cerutti / EM

7 - Kultur

In den Aktivdienstjahren war weniger von Kultur als von [Geistiger Landesverteidigung](#) die Rede. Der Gedanke, dass "Geist" bzw. Kultur von nationaler Bedeutung sei, verdichtete sich im Laufe der 1930er Jahre zu einer Bewegung, und während der Kriegsjahre war er z.T. mit Begeisterung gelebte Praxis. Das nationale Kollektiv identifizierte sich mit individuellen oder Gruppenleistungen und gab sich damit einen Rang im internat. Wettbewerb. Schweiz. Kultur, wie sie in der Botschaft von Bundesrat Philipp Etter von 1938 definiert worden war, bedeutete einen aktiven Widerstand gegen die Bedrohung von aussen, welche die Schweiz v.a. in Form ausländ. Propaganda zu erfassen drohte.

Bei den meisten Kulturschaffenden, den jungen Max Frisch eingeschlossen, dominierte die Meinung, man müsse das schweiz. Schaffen fördern, wobei sich das Schweizerische nicht auf die Staatsbürgerschaft beschränkte, sondern v.a. Inhaltliches meinte. Darunter wurde eine freiheitlich gesinnte und demokrat. Auffassung verstanden, die sich gegen den faschist. und nationalsozialist. Totalitarismus, aber auch gegen den Kommunismus zur Wehr setzte. Für die Konservativen sollte die Pflege der vaterländ. Kultur ein Bollwerk bilden gegen die geistige Zersetzung durch krit. Intellektuelle, unmoral. Künstler, unreligiöse Materialisten, kurz: gegen die Moderne, die man als "Nihilismus" und "Kulturbolschewismus" abtat. Die Zugehörigkeit zur dt., franz. und ital. Kultur wurde nie verneint. Francesco Chiesa beispielsweise betonte 1941 diese Kulturverbundenheit, indem er Italien als Lebensquell (*perpetua nutrice*) und die Italiener als Blutsbrüder

(*sono il nostro sangue*) bezeichnete.

Halbwegs von aussen aufgezwungen, halbwegs aus eigenem Antrieb konzentrierte sich das kulturelle Leben stark auf den schweiz. Raum mit seinen Gegebenheiten. Die eigene Geschichte (v.a. die alten Eidgenossen) und Geografie mit den Alpen im Zentrum wurden Sinnstifter. Die Archäologie erhielt einen starken Auftrieb. Das Bedürfnis nach Vergangenheit griff hinter die Anfänge der schriftl. Überlieferung zurück und führte zu einer intensiven Beschäftigung mit der Urgeschichte. 1937 erklärte der Archäologe Rudolf Laur, es gäbe vor der hist. Urschweiz von 1291 eine andere, eine prähist. Urschweiz, in der die Wurzeln der schweiz. Kultur zu wachsen begonnen hätten.

Das kulturelle Schaffen während des Zweiten W.s besass auch eine moderne Seite. Dazu gehörten etwa die 1941 gegr., von Arnold Kübler redigierte und von Emil Schulthess gestaltete Zeitschrift "Du". Die Fotografen Hans Staub, Paul Senn, Jakob Tuggener und Werner Bischof veröffentlichten darin viel beachtete Reportagen. Die moderne Seite verkörperte auch die aufkommende Begeisterung für Jazz, der aus konservativer Sicht als dekadente "Neger"-Musik abgetan wurde. Jazzfreunde konnten aber für sich in Anspruch nehmen, mit der Pflege dieser im Dritten Reich unterdrückten Musik ebenfalls einen Beitrag zur Geistigen Landesverteidigung zu leisten. In der franz. Schweiz war Jazz besonders beliebt, weil er in der eingeschlossenen Schweiz ein Gefühl von grosser Welt vermittelte und ein Gegengewicht zur deutschschweiz. Volksmusik bildete.

Das Radio trug viel zur Festigung des nationalen Bewusstseins bei. 1931 war aus den versch. Radiogenossenschaften die Schweiz. Rundspruchgesellschaft entstanden. Die drei Landessender Sottens, Beromünster und Monte Ceneri bürgten für eidg. Qualität und stifteten schweiz. Identität. Sie stellten sich in den Dienst der Landesverteidigung und produzierten Sendungen über die Höhepunkte der Schweizergeschichte, über die 650-Jahrfeier der Eidgenossenschaft 1941 oder die Sendung "Für unsere Soldaten". 1940 setzte die international stark beachtete wöchentl. Radiosendung "Weltchronik" von Jean Rudolf von Salis ein, 1941 die ihr nachempfundene von René Payot im Landessender Sottens.

Der Schweizer Film erlebte in den Kriegsjahren eine Blütezeit. Er profitierte von staatl. Schutzmassnahmen, mit denen die Einfuhr von Filmen aus den Achsenmächten eingeschränkt wurde, war aber der Zensur unterworfen. Filme wie "Füsilier Wipf" (1938, Regie: Leopold Lindtberg) und "Gilberte de Courgenay" (1941, Regie: Franz Schnyder) dienten der Stärkung des Wehrwillens. Auch die Schweizergeschichte gab Stoffe für Filme her, z.B. mit der Verfilmung von Gottfried Kellers Novelle "Die missbrauchten Liebesbriefe" oder mit "Landammann Stauffacher" (1940 und 1941, Regie: Lindtberg). Lazar Wechslers Praesens Filmgesellschaft produzierte auch Filme zum Gegenwartsgeschehen: 1943 über das franz. Flüchtlingskind "Marie-Louise", 1944 mit "Die letzte Chance" über einen Fluchtversuch in die Schweiz. 1939 wurde die [Schweizer Filmwochenschau](#) gegründet, die sowohl im Dienst der Geistigen Landesverteidigung stand als auch Bilder vom Kriegsgeschehen in aller Welt bot.

Die Schweiz erlebte durch zahlreiche Rückwanderer und Exilierte eine Intensivierung ihres kulturellen Lebens. Manuskripte, die in Friedenszeiten von ausländ. Verlagen publiziert wurden, wurden in der Schweiz verlegt, etwa bei Emil Oprecht. Da im Dritten Reich für Veröffentlichungen von Hermann Hesse kein Papier bewilligt wurde, erschienen seine Bücher von 1942 an in Zürich. Ein Refugium für franz. Schriftsteller war die nach Frankreichs Niederlage in der Schweiz gegr. Zeitschrift [Traits](#) wie auch die [Cahiers du Rhône](#).

Im Zug der Geistigen Landesverteidigung erlebten auch das Cabaret und das Theater einen Aufschwung. Das Cabaret Cornichon in Zürich bot leichte Unterhaltung und eine Konzentration auf Schweizer Themen. In Lausanne war Gilles mit seinem antinationalsozialist. Cabaret Au Coup de Soleil präsent. Während mehrerer Jahre gab es keine deutschsprachigen Bühnen ausserhalb der Schweiz, die nicht der nationalsozialist. Repression ausgesetzt waren. Theaterstücke, etwa von Bertolt Brecht, und musikal. Werke, z.B. von Paul Hindemith, Béla Bartók, Arnold Schönberg, Alban Berg oder Felix Mendelssohn-Bartholdy, wurden damals in der Schweiz entweder zum ersten Mal oder weiterhin aufgeführt. In der Schweiz konnten verfolgte Kultur und verfemter Geist laut oder leise, militant oder genügsam weiterleben. Indes war die Beziehung der Schweizer

Kulturschaffenden mit den ausländ. Exilanten oft von Spannungen geprägt. So erhob der schweiz. Schriftstellerverband die Forderung nach Stücken von Schweizer Autoren und einem spezifisch schweiz. Theater. Das Zürcher Schauspielhaus erlebte unter der Intendanz von Oskar Wälterlin wohl die bedeutendsten Jahre seiner Geschichte, dies dank hervorragender Schauspieler (u.a. Therese Giehse, Wolfgang Langhoff), die vorübergehend im schweiz. Exil lebten. John Steinbecks Stück "Der Mond ging unter", das vom norweg. Widerstand gegen die dt. Okkupation handelt, erlebte 1943 in Basel seine deutschsprachige Erstaufführung und beherrschte längere Zeit die Spielpläne schweiz. Bühnen.

Autorin/Autor: Georg Kreis

8 - Historiografie und Debatte ab 1945

Die Historiografie zur Schweiz im Zweiten W. und, untrennbar damit verbunden, der Vorkriegsjahre ab 1933 ist sehr reich und durchlief versch. Phasen. Die Dichte erklärt sich aus der besonderen Aufmerksamkeit, die diesen ausserordentl. Zeiten entgegengebracht wurde. Grosse Schubwirkung auf die Geschichtsschreibung und die sie begleitenden hist. Debatten ging jeweils von im Ausland bekannt gewordenen Dokumenten zur schweiz. Zeitgeschichte aus. Derartige Impulse standen am Anfang des Flüchtlingsberichts von Carl Ludwig (1957), des Neutralitätsberichts von Edgar Bonjour (1970) und des sog. Bergier-Berichts (2001).

Anstösse zur krit. Auseinandersetzung mit der Geschichte des Zweiten W.s kamen darüber hinaus nicht von den Hochschulen, sondern v.a. von Schriftstellern und Publizisten wie Alfred A. Häsler ("Das Boot ist voll" 1967), Max Frisch ("Dienstbüchlein" 1974, "Schweiz ohne Armee?" 1989), Niklaus Meienberg ("Die Erschiessung des Landesverrätters Ernst S." 1974, erweiterte Neuausgabe 1977), Stefan Keller ("Grünigers Fall" 1993) sowie Gian Trepp ("Bankgeschäfte mit dem Feind" 1993). Erst anschliessend befasste sich die Geschichtswissenschaft mit den Themen und trug zur Relativierung, Situierung und Fundierung der Kontroversen bei.

Autorin/Autor: Georg Kreis

8.1 - Erste Aufarbeitung 1945-1975

Eine erste Welle der historiograf. Bewältigung setzte unmittelbar nach Kriegsende ein. Sie bestand in einer mehrheitlich amtl. Berichterstattung über die in den Kriegsjahren ergriffenen Massnahmen in der militär. Landesverteidigung, der Pressepolitik, der Repression von undemokrat. Kräften sowie in der Kriegswirtschaft. Noch 1951 wurde die Veröffentlichung des intern erarbeiteten Berichts zur Flüchtlingspolitik abgelehnt. Erst nach Bekanntwerden von Dokumenten aus der dt. Aktenedition 1954 wurde bei Ludwig ein weiterer Bericht in Auftrag gegeben und 1957 als sog. Ludwig-Bericht veröffentlicht. Alle Berichte der ersten Phase waren in erster Linie an das eigene Publikum gerichtet (Parlament, Parteien, Bürger). Da die Siegermächte 1945 die schweiz. Haltung gegenüber den Achsenmächten kritisch beurteilten, bestand für eine Weile auch ein mehr gegen aussen gerichtetes Interesse, die Politik der Schweiz verständlich zu machen. Ein solcher Bericht wurde indes nicht realisiert.

Eine um 1960 einsetzende zweite Welle wurde erneut durch das Editionsprojekt der dt. Beuteakten ausgelöst. Mit dem Bekanntwerden der Militärabsprachen mit Frankreich von 1940 (die sog. Akten von La Charité-sur-Loire) glaubte man die Neutralitätspolitik der Schweiz kompromittiert. Dem Bundesrat gelang es nicht, die Publikation dieser Akten zu verhindern, aber er konnte sie bis 1961 verzögern. Er beauftragte den Historiker Edgar Bonjour mit der Abfassung eines Berichts zur schweiz. Neutralitätspolitik. Dieser Vorgang löste bereits vor der Publikation des Berichts im Jahre 1970 eine öffentl. Debatte aus.

Im Vordergrund des Interesses stand nach wie vor die Haltung der Landesregierung während des Zweiten W.s; die privaten Akteure und die Privatwirtschaft wurden kaum beachtet. Immerhin beschlossen die eidg. Räte 1962 nach Jahren erfolgloser Demarchen, den Banken mit dem Meldebeschluss die Aufarbeitung der sog. nachrichtenlosen Konten aufzuerlegen.

Autorin/Autor: Georg Kreis

8.2 - Kritische Töne 1975-1995

Die dritte Welle ist wesentlich weniger deutlich konturiert. Die Ausstrahlung einer amerikanischen Holocaust-Fernsehserie im dt. Sprachraum ab 1979 wirkte als Katalysator. Vertreter der Aktivdienstgeneration und auch Historiker wie Peter Dürrenmatt ("Schweizer Geschichte" 1976) unterstrichen die Bedeutung der Armee für die Bewahrung der Unabhängigkeit der Schweiz, während gesellschaftskrit. Publizisten wie Werner Rings ("Raubgold aus Deutschland" 1985) und Markus Heiniger ("Dreizehn Gründe warum die Schweiz im Zweiten W. nicht erobert wurde" 1989) die wirtschaftl. und finanziellen Verflechtungen der Schweiz mit den Achsenmächten ins Blickfeld rückten und die Bedeutung der Armee relativierten. Die Diskussion intensivierte sich 1989, als im gleichen Jahr die Armeeabschaffungsinitiative zur Abstimmung kam und die Feierlichkeiten zum 50-jährigen Jahrestag der Mobilmachung (Diamantfeiern) begangen wurden.

Die neu aufgeworfenen Fragen konzentrierten sich auf die Verstrickungen der Schweiz. Unternehmen mit der dt. Wirtschaft in der Zeit des Nationalsozialismus, so etwa den 1989 dokumentierten Fall der Übernahme der Zigarren-Firma Geska der jüd. Gebrüder Strauss in Cannstatt und Schönaich (Südbaden) 1935 durch die Firma Villiger. Ins Blickfeld rückten auch die Individualansprüche der Opfer im Liegenschaftsbereich sowie im Bereich der mobilen Wertsachen aller Art (von den Wertschriften, über Briefmarkensammlungen bis zu Versicherungspolice). In diesem Zusammenhang wurde auch das Verhalten des schweiz. Staates neu beleuchtet: Hatte er seine Aufsichtspflicht wahrgenommen und hatten die Gerichte die Opfer geschützt? Daneben beschäftigte die Frage, inwiefern die schweiz. Gesellschaft der Zwischenkriegs- und Kriegszeit von einem verstärkten **Antisemitismus** geprägt war. Dass sich die Abhaltepolitik der Behörden aber speziell gegen die Juden richtete, wurde erst im Laufe der 1990er Jahre thematisiert.

Autorin/Autor: Georg Kreis

8.3 - Die Schweiz im Visier - die Diskussion seit 1995

Eine vierte Welle der Auseinandersetzung mit der Schweiz im Zweiten W. setzte in den 1990er Jahren ein, als das Verhalten der Schweizer Banken und der Schweizer Unternehmen ins Blickfeld geriet. Aufgrund starken Drucks von jüd. Organisationen insbesondere aus den USA, angeführt von Senator Alfonse D'Amato und Edgar Bronfman als Vertreter der World Jewish Restitution Organization, legten drei Schweizer Grossbanken, die Schweizer Nationalbank und andere Firmen im Febr. 1997 einen Spezialfonds für Holocaust-Opfer an, der schliesslich 300 Mio. Fr. umfasste und bis zu seiner Auflösung Ende 2002 Hilfeleistungen für 300'000 Personen in 60 Ländern ermöglichte. 1996 kamen die internationalen jüd. Organisationen und die Schweiz. Bankiervereinigung überein, ein Independent Committee of Eminent Persons zu schaffen (sog. Volcker-Kommission), das zum Ziel hatte, Vermögen von Naziopfern auf Schweizer Banken zu überprüfen. Im 1999 veröffentlichten Schlussbericht wurde festgestellt, dass die Schweizer Banken die Gelder der jüd. Opfer des Nationalsozialismus nicht systematisch pflichtwidrig verwaltet hatten. Hingegen verhielten sie sich in der Nachkriegszeit oft unsensibel und unkooperativ gegenüber den Nachkommen der Opfer, die auf der Suche nach nachrichtenlosen Vermögen waren.

1998 schlossen die Schweizer Grossbanken UBS und Credit Suisse einen sog. Bankenvergleich mit den Anwälten der Sammelkläger und den jüd. Organisationen. Sie verpflichteten sich 1,8 Mrd. Fr. zu bezahlen, die sich wie folgt aufteilten: 150 Mio. waren für die humanitäre Hilfe, 500 Mio. für an der Schweizer Grenze abgewiesene Flüchtlinge und 1,15 Mrd. für die Ansprüche auf nachrichtenlose Vermögen vorgesehen. Die Verteilung des Geldes bereitete jedoch Schwierigkeiten, da sich mit dem grossen zeitl. Abstand viele Opfer nurmehr mühsam eruieren liessen.

Im Dez. 1996 legte das Parlament die Grundlage für die Schaffung der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz - Zweiter Weltkrieg (UEK) unter der Leitung von Jean-François Bergier. Die Kommission hatte zur Aufgabe, die Wirtschafts- und Finanzbeziehungen der Schweiz mit dem Ausland, die Frage der

nachrichtenlosen Vermögen und die Flüchtlingspolitik zu untersuchen. Die UEK veröffentlichte ihre Forschungsergebnisse in 25 Studien (2001-02) und einem Schlussbericht (2002).

Die Veröffentlichungen der UEK stiessen bei einem Teil der Öffentlichkeit und bei bürgerl. Politikern in teilweise heftig geführten Diskussionen auf Kritik. Der 1997 entstandene Arbeitskreis Gelebte Geschichte versuchte die Ergebnisse der UEK zu relativieren und als Gegengewicht die positiven Punkte der Rolle der Schweiz im Zweiten W. hervorzuheben. Indes fand die mit dem Schlussbericht der UEK dargestellte Sichtweise bei der Mehrzahl der Historiker und in weiten Kreisen der Öffentlichkeit wohlwollende Aufnahme. Problemat. Bereiche des schweiz. Verhaltens im Zweiten W. wie die Flüchtlingspolitik und die wirtschaftl. Verflechtungen mit den Achsenmächten wurden akzeptiert. Die Frage, inwieweit Akteure (Unternehmer, Behördenvertreter) Sachzwängen unterlagen, wurde differenziert beantwortet: Grundsätzlich war wohl keine andere Politik möglich, in konkreten Situationen wären aber durchaus Spielräume vorhanden gewesen.

Autorin/Autor: Andreas Schwab

Quellen und Literatur

Quellen

- H. Guisan, *Ber. an die Bundesversammlung über den Aktivdienst 1939-1945*, 1946
- *Die Schweiz. Kriegswirtschaft 1939/1948*, 1950
- *DDS 13-15*

Literatur

- Allgemeines
 - *SZG 47, 1997, Nr. 4, 449-808*, (Sonderh. "Die Schweiz und der Zweite W.")
 - *Der Zweite W. und die Schweiz*, hg. von K. Angst, 1997
 - G. Kreis, *Die Schweiz im Zweiten W.*, 1999
 - *Veröff. UEK, 25 Bde., 2001-02*
 - *Veröff. UEK, Schlussber., 2002*
 - P. Boschetti, *Les Suisses et les nazis: le rapport Bergier pour tous*, 2004
 - *Des deux côtés de la frontière: le Jura bernois, les régions françaises et alsaciennes avoisinantes (1939-1950)*, hg. von H. de Weck, 2006
- Militärische Lage
 - K. Urner, *"Die Schweiz muss noch geschluckt werden!" Hitlers Aktionspläne gegen die Schweiz*, ²1990, (²1998)
 - E. Bucher, *Zwischen Bundesrat und General*, 1991
 - P. Kamber, *Schüsse auf die Befreier*, 1993
 - *Generalstab 7*
 - *Armee, Staat und Geschlecht*, hg. von C. Dejung et al., 2002
 - C. Rossé, *Le Service de renseignements suisse face à la menace allemande, 1939-1945*, 2006
- Aussenpolitik
 - Bonjour, *Neutralität 4-6*
 - D. Bourgeois, *Le Troisième Reich et la Suisse, 1933-1941*, 1974
 - M. Perrenoud, «Banques et diplomatie suisses à la fin de la Deuxième Guerre mondiale», in *SQ 13-14, 1987-88, 7-128*
 - D. Bourgeois, *Das Geschäft mit Hitlerdeutschland*, 2000, (franz. 1998)
 - N. Wylie, *Britain, Switzerland, and the Second World War*, 2003
- Innenpolitik

- P. Maurer, *Anbauschlacht*, 1985
- 39-45: *les femmes et la Mob*, hg. von M.A. Barbey, 1989
- M. Pavillon, "Les immobilisées", 1989
- A. Lasserre, *Schweiz: die dunklen Jahre*, 1992, (franz. 1989)
- Wirtschaft
 - M. Durrer, *Die schweiz.-amerikan. Finanzbeziehungen im Zweiten W.*, 1984
 - J. Tanner, *Bundeshaushalt, Währung und Kriegswirtschaft*, 1986
 - O. Inglin, *Der stille Krieg*, 1991
 - H.U. Jost, *Politik und Wirtschaft im Krieg*, 1998
 - H. Wegmüller, *Brot oder Waffen*, 1998
 - M. Cerutti, «Le blocage des avoirs suisses aux Etats-Unis en 1941 et ses conséquences», in *La Suisse et les grandes puissances: 1914-1945*, 1999, 185-235
 - P. Marguerat, *L'économie suisse entre l'Axe et les Alliés, 1939-1945*, 2006
- Flüchtlinge
 - C. Ludwig, *Die Flüchtlingspolitik der Schweiz von 1933 bis zur Gegenwart*, 1957, ("Ludwig-Ber.")
 - R. Broggin, *Terra d'asilo*, 1993
 - «La Suisse et les réfugiés», in *SQ 22*, 1996
 - *La Suisse pendant la Seconde Guerre mondiale*, 1998
 - *Les réfugiés civils et la frontière genevoise durant la Deuxième Guerre mondiale*, hg. von C. Santschi, 2000
 - R. Fivaz-Silbermann, *Le refoulement de réfugiés civils juifs à la frontière franco-genevoise durant la Seconde Guerre mondiale*, 2000
 - S. Erlanger, "Nur ein Durchgangsland", 2006
- Kultur
 - W. Mittenzwei, *Exil in der Schweiz*, 1978
 - C. Linsmayer, «Die Krise der Demokratie als Krise ihrer Literatur», in *Der Frühling der Gegenwart 3*, 1983, 436-493
 - P. Codiroli, *Tra fascio e balestra*, 1992
 - Francillon, *Littérature 3*, 30-36, 57-65
 - H. Amstutz et al., *Schweizertheater*, 2000
 - U. Amrein, "Los von Berlin", 2004
- Historiografie
 - M. Kunz, *Aufbruchstimmung und Sonderfall-Rhetorik*, 1998
 - *Gedächtnis, Geld und Gesetz*, hg. von J. Tanner, S. Weigel, 2002
 - G. Kreis, *Vorgeschichten zur Gegenwart 1*, 2003, 332-370
 - T. Maissen, *Verweigerte Erinnerung*, 2005